

Schlesische

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche...

Sonntag, 6. Februar 1921.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk.

Für die Einheitsfront! Gegen Zersplitterung!

Erfolg der Kommunisten!

Wir berichteten gestern bereits aus Landeshut, daß die Vertreter von 20 Gewerkschaften, die dem Ortsaus-

Heute liegen uns zwei neue Bekenntnisse zur einheitlichen Kampffront vor.

Die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells in Oels nahm zu dem Offenen Brief Stellung und beschloß folgende Resolution:

Die am 2. Februar tagende Generalversammlung des Gewerkschaftskartells in Oels nahm Stellung zu dem Offenen Brief der R.R.P.D. Sie erwidert in den Forderungen nur einen Teil jener, vom A.D.G.B. mit der Regierung abgehandelten acht Punkte, deren Erfüllung noch heute auf sich warten läßt.

Die Generalversammlung wählte dann den Genossen Neumann (R.R.P.D.) zum Kartellvorsitzenden.

Aus Hirschberg im Riesengebirge wird uns gemeldet: Die Versammlung der im Holzarbeiterverband organisierten Läger nahm Stellung zu dem Offenen Brief und erklärte sich in einer Resolution einstimmig für die darin enthaltenen Forderungen.

Die Bekleidungsarbeiter vor dem Streik.

Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Herren- und Knabenkleiderkonfektion sind gescheitert. Dazu nahmen in fünf Versammlungen die Breslauer Bekleidungsarbeiter Stellung und entschlossen sich mit großer Mehrheit für den Streik.

Ausstand der Mansfelder Arbeiter gegen Orgeß.

Am Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, haben sämtliche Belegschaften der Mansfelder Gewerkschaft die Arbeit niedergelegt. Ueber die Gründe zu diesem Aus-

Am Freitag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, fanden nochmals Kundgebungen aller Belegschaften statt; anschließend wollen sich die Arbeiter die Antwort, die telegraphisch vom Generaldirektor eingeholt werden soll, abholen. Es wurde in der Donnerstag-Versammlung eine Resolution angenommen, wonach sich sämtliche Arbeiter zur Einheitsfront bekennen und die Forderungen des Offenen Briefes der R.R.P.D. anerkennen.

Die Kommunistenjagd geht weiter!

In Frankfurt a. M. 14 Genossen verhaftet!

Frankfurt a. M., 4. Februar. Die Polizei verhaftete heute früh 14 Personen einer ungesetlichen Kampforganisation, darunter einige Führer der kommunistischen Partei und beschlagnahmte bei ihnen liegendes Material. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Der Schwindel mit der Roten Armee ohne Waffen soll offenbar als Vorwand für die Unsichtbarmachung aller kommunistischen Führer dienen. Die Arbeiterschaft muß sich dagegen zur Wehr setzen und die sofortige Freilassung aller Verhafteten fordern.

Die Erregung im Ruhrgebiet.

Wie die „Dena“ erfährt, verfahren die Bergarbeiter auf einigen Zechen des Ruhrgebietes vom 1. Februar an nur eine Sechsstundenschicht. Das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiterzeitung“, nehme energisch gegen die „kommunistischen Wühlereien“ Stellung und warne vor Experimenten. Sie erklärt: „Der alte Bergarbeiterverband habe sich selbst von jeher grundsätzlich für die Sechsstundenschicht ausgesprochen, aber ihre Durchführung sei nur möglich auf Grund internationaler Abmachungen. Eine Beschränkung nur auf Deutschland allein müßte das deutsche Wirtschaftsleben lähmen und auch für die Arbeiterschaft von katastrophaler Wirkung sein.“

Die Bergarbeiter können in ihrem und im Interesse des ganzen deutschen Proletariats sich nicht ewig mit leeren Redensarten verdrösten lassen, sie dürfen aber auch in ihrem Kampfe nicht allein bleiben, weil sie sonst unterliegen müßten. Die geschlossene Einheitsfront des Proletariats, wie sie die R.R.P.D. anstrebt, muß von den Arbeitern hergestellt werden und die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter, die in der Theorie selbst von Hue gebilligt werden, müssen zu ihren vornehmsten Kampfzielen zählen.

Wirtschaftslage und Unternehmerübermut führen zu immer neuen und schärferen Konflikten, in welchen die Arbeiter den Unternehmern nur dann kraftvoll entgegenreten können, wenn sie die Kampffront zur Klassenfront erweitern, sich zur gemeinsamen Offensive zusammenschließen.

Polen—Räterußland—Litauen.

Wie Reuters meldet, sind die Verhandlungen zwischen Polen und Litauen über die Frage von Wilna abgebrochen worden, weil die Litauer fürchteten, daß die Anwesenheit der Truppen des Generals Jeligowsky in Wilna ungünstigen Einfluß auf die vom Völkerbund vorgeschlagene Volksabstimmung ausüben würde. Die litauische Delegation ist aus Warschau abberufen worden.

Wie Politiken aus Riga meldet, sind die polnisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen worden. Polen hat seine Goldforderungen um die Hälfte herabgesetzt.

Preissteigerungen und Streik in Polen.

Infolge der Steigerung der Papierpreise und Löhne haben einzelne Warschauer Zeitungen den Preis einer einzelnen Nummer auf 10 Mark erhöht.

Unabhängig von dem Streik der Postbeamten in Warschau ist dort ein solcher der Chauffeure ausgebrochen. Desgleichen streiken die Angestellten der elektrischen Zufuhrbahnen in Lodz, so daß deren Betrieb vollkommen lahmgelegt wurde.

Verlängerung des Ausnahmezustandes in Polen.

Der polnische Minister des Innern hat den Ausnahmezustand, der über Kongresspolen für die Zeit bis zum 2. Februar verhängt war, auf weitere 3 Monate verlängert.

Der weiße Schrecken wird also weiter herrschen Seine Paarung mit Rot. Elend in Polen wird auch dem deutschen Proletariat bevorstehen, wenn es sich nicht bald in geschlossener Front zum Kampfe anstellt.

Gegen die nationale Einheitsfront der Kapitalsdiener!

Für die internationale Kampffront der Proletarier!

Von Helfferich bis Ledebour haben sich jetzt alle Parteiführer geeinigt auf die Formel: Protest gegen das neue Diktat der Alliierten, aber Teilnahme an der Londoner Konferenz, um zu einer „vernünftigen Regelung“ zu kommen. Die nationale Einheitsfront ist da. Mag sie auch in der Form einer nationalen Regierung von den Deutschnationalen über die Rechtssozialisten bis zu den Unabhängigen nicht zustande gekommen sein, sie ist da in der sich auf einer Linie bewegendem praktischen Außenpolitik aller dieser Parteien.

Weder die unabhängigen noch die rechtssozialistischen Führer haben sich in diesen entscheidenden Tagen vom ausweglosen kapitalistischen Westen nach dem proletarischen Osten, nach Räterußland, gewendet mit dem Willen, im engsten Bündnis mit den russischen Vorkämpfern der Weltrevolution das unerträglich gewordene doppelte kapitalistische Joch abzuschütteln. Sie haben alle wie gebannt nach dem auf lönnernen Füßen stehenden Kapitalriesen im Westen gestarrt und erstreben eine vernünftige Regelung des Paktes mit ihm.

Was aber kann in London „vernünftig“ geregelt werden? Die Imperialisten der Entente werden auf ihrem Schein, dem Versailler Friedensvertrag, bestehen und das Protestgejammer mit Säbelstößen zum Schweigen bringen. Und dann werden die deutschen Unterhändler, unter denen vielleicht wie in Spaa wieder Herr Hue sein wird, dem hohen Rat der Alliierten erzählen, wieviel Not und Elend die Ausbeutung unter den bisherigen Bedingungen schon in der deutschen arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen hat und welchen Vorschub sich das deutsche Kapital auf die zukünftige Ausbeutung des Proletariats in der Form von Staatsanleihen und ungedeckten Schatzscheinen bewilligt hat. Und sie werden hinzufügen, daß damit ihrer Auffassung nach die Grenze dessen, was aus der deutschen Wirtschaft, das heißt, aus dem deutschen Proletariat heraus zu holen ist, fast erreicht sei, daß jedenfalls die Forderungen des hohen Rates der Alliierten zu hoch seien.

Die Entente aber wird den Vertretern des deutschen Kapitals vorrechnen, welche Profite ihre Auftraggeber bei der wachsenden Ausfuhr der von dem deutschen Proletariat für Hungerlöhne produzierten Waren machen, wie man bei den Staatsausgaben zu ihrem Gunsten sparen kann, welche neuen Steuern auf den verschiedenen Wegen aus den Taschen und Knochen des Proletariats gezogen werden können. Und der hohe Rat wird dann bestimmen, wieviel durch Zollabgaben von den deutschen Außenhandelsprodukten in ihre Staatskassen fließen soll und wie die übrigen Milliarden aufzubringen und an sie zu zahlen sind. Man wird überlegen, wie das so geschehen kann, daß das deutsche Kapital von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausgeschaltet wird.

Damit werden die deutschen Kapitalisten, wenn auch unter stillem Protest, endgültig zu Zwischenmeistern des Ententekapitals. Und das deutsche Kapital wird dann, wie das jeder Zwischenmeister tut, mit den brutalsten Mitteln die Ausbeutung des Proletariats zu verschärfen suchen, um einen möglichst hohen Zwischengewinn, womöglich so hoch wie der bisherige Profit, zu erzielen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Das wird das Ergebnis der „vernünftigen Regelung“ in London sein. Ihre Folgen werden sein: Wachsen der Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Gehälter, während die Preise ins ungeheure steigen werden, Beseitigung des Achtstundentages, kurz gesagt: Bereidung der arbeitenden Bevölkerung bis zur höchsten Not.

Die nationale Einheitsfront, die die vernünftige Regelung in London anstrebt, ist also eine Einheitsfront aller Kapitalsdiener, die über die gesamte arbeitende Bevölkerung das größte Unheil verhängen wird.

Darum muß das Proletariat gegen diese nationale Einheitsfront Sturm laufen und einen Ausweg aus der verzweifeltsten Situation beschreiten. Dieser Ausweg ist das engste Bündnis mit Räterußland. Das muß erkämpft werden. Der Kampf muß sich auf den Sturm der sich heute in der Nacht befriedlichen Gegenrevolution, die kein Bündnis mit Räterußland will, richten. Ihr müßt die Waffen, mit denen sie die arbeitende Bevölkerung bis ins Unermeßliche unterdrücken will, um aus ihr die Profite für das deutsche und ausländische Kapital herauszuschinden zu können, aus der Hand geschlagen werden. Das arbeitende Volk muß sich der



# Ausland.

## Der polnisch-französische Kriegsrat.

Paris, 2. Februar. Paderewski ist heute in Paris angekommen. Marshall Pilsudski trifft morgen vormittag hier ein.

## Neue Erschießungen auf der „Flucht“ in Spanien.

Wie aus Madrid gemeldet wird, wurden dort kürzlich zwei revolutionäre Gewerkschaftler verhaftet, weil sie angeblich bei der Ermordung eines Polizisten mitgewirkt hätten. Sie wurden den üblichen „Fluchtversuch“ und wurden dabei erschossen. — Auch für die spanischen Arbeitermörder wird der Tag der Abrechnung kommen.

## Das Antistreibgesetz gegen die amerikanischen Arbeiter.

10 Jahre Gefängnis!

Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Senat der Vereinigten Staaten, den man als „Millionärklub“ zu bezeichnen pflegt, das Antistreibgesetz einstimmig angenommen. Der erste Paragraph des Schandgesetzes besagt folgendes:

„Wer in der Absicht, im Verkehr mit dem Ausland oder der Einzelstaaten untereinander die Beförderung von Gütern zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf eine andere Weise versucht, irgendeine Person, die bei dem Transport solcher Güter tätig ist, zu überreden, ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer solche Personen dazu anregt, oder sie zu der Niederlegung ihrer Arbeit zu bewegen oder eines Verbandes zu erschreiben trachtet, soll eines Verbrechens schuldig sein und zu einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dollar, oder zu Gefängnis bis zu 10 Jahren oder zu beiden Strafen zugleich verurteilt werden.“

Wie man sieht, bezieht sich das Gesetz zunächst auf die Eisenbahner, Schiffer und sonstigen Transportarbeiter. Der Entwurf wird nun auch dem Repräsentantenhaus zugehen. Wenn auch dieses das Gesetz annimmt, und der Präsident keine Einwendung dagegen hat, wäre damit das Streikrecht der amerikanischen Eisenbahn- und Transportarbeiter erledigt. Aber auch dieser Schandstreich des amerikanischen Großkapitals wird nur dazu beitragen, daß die kommunistische Bewegung in den Vereinigten Staaten immer stärker wird. Sobald erst einmal die vielen Millionen der amerikanischen Proletarier merken haben, wo ihr Feind steht, und mit welchen Mitteln allein man ihn schlagen kann, werden auch diese Antistreibgesetze so schnell verschwunden, wie man Splannenetze ablegt.

## Kemal Pascha lehnt ab.

(U.) London, 3. Februar. Aus Konstantinopel wird der „Morningpost“ gemeldet, daß Mustafa Kemal Pascha es ablehnt, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, es sei denn, daß die Regierung von Angora direkt eingeladen werde.

## Internationales.

### Ein neues Telegramm der Exekutive der Kommunistischen Internationale an die italienischen Kommunisten.

Am 25. Januar hat die Exekutive der 3. Internationale an die Genossen Bombacci, Bordiga und Terracini ein Telegramm gerichtet, das folgenden Wortlaut hat:

„Liebe Genossen! Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale drückt Euch seine vollste Solidarität aus und sendet Euch brüderliche Grüße. Eure Partei ist die einzige Sektion der Kommunistischen Internationale in Italien. Wir sind fest davon überzeugt, daß die klassenbewußten Arbeiter Eures Landes von Tag zu Tag mehr zu Euch kommen werden. Die Vereinigung Serratis und seiner Fraktion mit der Fraktion der Reformisten, der offenen Gegner der proletarischen Revolution, wird jedem Klassenbewußten Arbeiter zeigen, daß die italienische Fraktion der Einheits-Frontisten den bürgerlich-reformistischen Elementen nähersteht, als den proletarischen Kommunisten. Die ganze Kommunistische Internationale wird daraus die notwendigen Folgerungen ziehen. Bleibt fest, Genossen, wenn auch in diesem Augenblick die ganze Macht der Bourgeoisie und ihrer anhänglichen Helfershelfer sich gegen Eure Partei richtet. Die kommunistischen Arbeiter der ganzen Welt sind mit Euch. Die Zukunft wird Euch gehören und nicht denen, die unter irgendwelcher Form sich mit der Bourgeoisie, unter Vermittlung der Reformisten, einlassen wollen. Es lebe die kommunistische Partei Italiens! Es lebe das italienische Proletariat!“

Das Telegramm ist von Sinowjew, Lenin, Ducharin, Lopki, Nabel und den anderen Mitgliedern der Exekutive unterzeichnet.

## Der Einigungsparteitag in Oesterreich.

Auf der ersten Tagung des Einigungsparteitages der kommunistischen Partei Oesterreichs und den russischen Sozialdemokraten wurde die Anschließfrage an Deutschland behandelt. Der Parteitag riefte deutlich von dem jeder realen Grundgedanken ausschließlichen Anschlußswind des Bürgerturns und der Sozialdemokratie ab. Ebenso klar erkannte er die Unmöglichkeit einer „österreichischen Revolution“ und den engen Zusammenhang der Revolution in Oesterreich mit der Bewegung in Deutschland und in Südost-Europa. Man beschloß demnach einen engeren Kontakt mit den Nachbarparteien zu suchen.

Der zweite Verhandlungstag wurde mit dem Referat des Gen. Friedländer über die Arbeiterkräfte eingeleitet. Hiermit

gelangte das Organisationsstatut zur Beratung. Ueber die Presse sprach Gen. Straffer; über die Gewerkschaften und die Betriebsräte referierte Gen. Blaf, an dessen Vorlegungen sich eine große Debatte angeschlossen. Mit der Wahl des Parteivorstandes war die Tagesordnung erschöpft.

Die Wahlen in den engeren Vorstand ergaben: Straffer, Wertheim, Lomann, Blaf, Gruber, Korlischauer, Fren, Lober, Rosotny. In den erweiterten Vorstand: Klebs, Doidl, Stein, Fuhrmann, Marek, Ketter, Garich, Teubler, Morlas, Rehlborfer, Kirchberger, Kloder, Jbl, Schlessinger, Trantiner, Timel, Strömer. — Einige Worte des Gen. Wertheim über die Bedeutung der Tagung schließen den Einigungsparteitag.

## Gewerkschaftliches.

### Die Herostraten im D.E.V.

Der Vorstand der D.E.V. hält es für notwendig, der Öffentlichkeit noch einmal zu zeigen, daß er die Spaltung des Deutschen Eisenbahnerverbandes unter allen Umständen will. Folgendes hat er am 2. Februar beschlossen:

„Wer als Mitglied des D.E.V. den Beschlüssen und Weisungen der Dritten Internationale auf gewerkschaftlichem Gebiete Folge leistet, verstößt gegen die Verbandssatzungen, die Beschlüsse der Verbandstage in Jena und Dresden, und stellt sich damit außerhalb des Verbandes. Eine Betätigung im Sinne der Moskauer Gewerkschaftsinternationale liegt insbesondere dann vor, wenn Angestellte, Funktionäre und sonstige Mitglieder des D.E.V. ohne Auftrag und ohne Zustimmung des Hauptvorstandes Beiträge ein sammeln, Aufträge, Flugblätter und Zirkulare verfassen oder verbreiten, die sich gegen die freien Gewerkschaften richten. Wer sich in diesem Sinne betätigt, oder wer an Konferenzen und Versammlungen teilnimmt, welche die Teilnehmer zur Durchführung von Beschlüssen verpflichten, die geeignet sind, die Einigkeit und Kampffähigkeit der Organisationen sowie deren Bestehen zu gefährden, wird aus dem Verband ausgeschlossen. Desgleichen auch, wer der Organisation die finanziellen Mittel versagt, sei es durch Sperrung oder Nichtablieferung bereits erhobener oder noch zu erhebender Beiträge, in diesem Sinne unter den Kollegen Propaganda treibt, die zu solchen Maßnahmen veranlassen, oder auch nur zu beeinflussen sucht. Wer Mitgliederverzeichnisse oder Listen, Mitgliedsbücher, Verbandsmarken, Verbandsgeelder, sowie sonstiges Verbandseigentum ohne Zustimmung des Hauptvorstandes in seinem Besitz behält oder sich aneignet, wird unmissverständlich strafrechtlich verfolgt.“

Wenn es nach den Verbandsatzungen ginge, auf die zu berufen sich der Vorstand des D.E.V. erdreistet, dann könnte man den Ufas ohne weiteres in den Papierkorb werfen. Nach dem Verbandsstatut hat der Vorstand des D.E.V. kein Recht, Ausnahmegesetze gegen bestimmte Mitglieder zu erlassen. Nach dem Verbandsstatut haben diese Gesellen die Interessen der Mitglieder zu wahren und die Organisation auszubauen, aber nicht sie zu zerstören.

Das wissen diese abgebrühten Bürokraten natürlich sehr gut. Sie heucheln die Sorge um das Statut nur zu dem Zweck, damit sie vor den Augen der Mitglieder verdecken können, daß sie einen infamen Kampf gegen die Kommunisten nur aus dem Grunde führen, um ihren Bankrott zu verbergen.

Der letzte Passus, in dem der Vorstand ankündigt, daß er eventuell Arm in Arm mit den bürgerlichen Staatsanwälten den Kampf gegen oppositionelle Mitglieder führen will, zeigt zwar recht anschaulich die Zuhälterrolle, die der Vorstand des D.E.V. gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaat betreibt; die Mitglieder des D.E.V. werden sich aber durch keine wie immer geartete Schurkerei von ihrem Kampf und die Geschlossenheit des D.E.V. abbringen lassen.

Eisenbahner, Genossen! Von Euch, von Eurer Tatkraft, von Eurer Disziplin hängt es ab, ob der Eisenbahnerverband gespalten wird, wie die Freunde Eures Vorstandes in der bürgerlichen Presse bereits frohlockend verkünden. Achtet darauf, daß der Vorstand Euch nirgends aus formalistischen Gründen einen Strich drehen kann. Führt den Kampf gegen die verbrecherischen Gesellen, die in Eurem Hauptvorstand sitzen, ohne Erbarmen. Solange ihr diesen nicht den Stuhl vor die Lüre gesetzt habt, ist Eure Organisation in Gefahr.

## Aus der Provinz.

**Versammlung in Stabelwitz.** Am Donnerstag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, fand in Stabelwitz eine gut besuchte öffentliche Versammlung der R.P.D. statt, in welcher Genosse Gruschwitz über die politische Lage sprach. Er schilderte den rapiden Verfall der deutschen Wirtschaft, behauptete die äußere Politik Deutschlands und wies darauf hin, daß nur die Einigung der Arbeiterklasse der immer stärker werdenden Reaktion Herr werden könne. Diese Einigung ist durch die Ablehnung der 10 Punkte aufs neue gesichert worden.

Er geißelte ferner die verräterische Politik der rechtssozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer und kam zu dem Schluss, daß nur durch die Aktion der Arbeitermassen das Elend des Proletariats beseitigt werden könnte.

Dahingegen die S.R.D. 2 Diskussionsredner angekündigt hatte, war doch kein einziger erschienen und ein Mehrheitsler aus Stabelwitz, der durch alberne Zwischenrufe die Versammlung stören wollte, wurde im Schlusswort eines besseren belehrt.

**Hirschberg i. N.** Am 31. Januar fand im Reichsgarten in Straupitz eine Versammlung der im Holzarbeiterverband organisierten Säger statt. Bei Punkt 3 kam der Offene Brief der R.P.D. an die Gewerkschaften zur Beratung. Kollege Kirsche erläuterte die einzelnen Sätze und es entspann sich daran eine lebhafte Debatte. Kollege Symanskiy bringt eine Resolution zur Beratung, welche lautet: „Die heute Abend, den 31. Januar, im Reichsgarten“ folgende Versammlung der Sägewerkschafter er-

öffnet sich mit dem von der R.P.D. aufgestellten Offenen Brief, gerichtet an die gesamten Gewerkschaften Deutschlands, einverstanden und erklären, mit ihrer Person für Verwirklichung der Forderung einzutreten.“

Die Resolution gelangte zur Abstimmung und wurde einstimmig angenommen. Ferner ging ein Antrag ein, daß Hirschberg in die 1. Lohnklasse versetzt und der Stundenlohn um 1,50 M. erhöht werde.

Die Arbeiterschaft im Riesengebirge, von jeher gewöhnt an wenig und schmale Kost, beginnt aufzuwachen und ihre Lage zu erkennen. Die Gewerkschafts- und Parteibonzen, lebendig auf ihren Vorteil bedacht, suchen auch hier die Politik ins bürgerliche Fahrwasser zu leiten und revolutionäre Arbeiter als Menschen letzter Klasse zu betrachten. Auch für sie wird der Tag kommen, wo man über sie hinweggehen wird. Revolutionäre Arbeiter müssen sich ebensolche Führer wählen. Darum, Kollegen, weitergearbeitet im Sinne des Offenen Briefes. Es geht um Eure Existenz, um das Weiterbestehen Eurer Klasse.

**Bernstadt.** In überfülltem Saale sprach am 1. Februar der Genosse Schirner zu dem Bernstädter Proletariat. Er legte ihm in klarer, sachlicher Weise die Forderungen des Offenen Briefes der R.P.D. auseinander, die im Augenblick die einzig möglichen und unbedingt notwendigen sind, um eine geschlossene Kampffront des Proletariats zur Abwehr gegen Hunger und Unterdrückung durch die bürgerliche Gesellschaft zu kommen. Die Versammlung folgte mit Verständnis den Ausführungen des Genossen Schirner. In der freien Ansprache meldete sich kein Redner zum Worte, trotzdem alle Parteien vertreten waren. Nur ein S.P.D.-Sprecher, der Vorsitzende der S.P.D.-Ortsgruppe, blamierte sich so gut es ging. Wir glauben dem guten Mann ganz gern, daß in einem kleinen S.P.D.-Bezirk keine Gedanken des Klassenkampfes und Selbstschutzes des Proletariats Platz haben, wo es ganz von den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und des Burgfriedens mit dem Kapital eingenommen ist. Genosse Schirner wies in seinem Schlusswort immer wieder darauf hin, daß es unbedingt nötig ist, der einheitlichen Kampffront der Gegenrevolution den einheitlichen Willen und das geschlossene Handeln des Proletariats entgegenzusetzen. Zur Befestigung dieses Willens traten mehrere Genossen der R.P.D. bei. Nur Mut, nur Mut, du freie Schär, frisch auf, es gilt den Sturm!

## Sörktz.

Die Tante in der Louisestraße. „Wenn man dem Hund auf die Pfoten tritt, dann gault er!“ Dieses altbekannte Sprichwort kann man auch auf die Tante in der Louisestraße anwenden. Denn sie schnaubte vor Wut über die Kommunistenversammlung in Klauswalde, wo der Referent Gen. Ziegler den S.P.D.-Helden und der Ugentante in der Louisestraße einige Wahrheiten sagte. Wir sind es ja gewöhnt, von der alten Tante mit Rot und Dreiß beworfen zu werden und wollen uns über solche Frechheiten gar nicht mehr aufregen. Denn für uns Kommunisten kommt in Frage, die drohende und zu neuem Schlag gegen die Arbeiterschaft ausholende Reaktion mit ihrem Anhang niederzuschlagen; und dazu gehört eine einige Front von revolutionären Kämpfern. Daß die S.P.D.-Helden an eine Einheitsfront gar nicht denken, beweist die erbärmliche Absage des Offenen Briefes der R.P.D. Und so wollen wir der zahllosen und wuschnauenden Tante in der Louisestraße zurufen: Nur immer weiter schimpfen und die Einheitsfront des Proletariats mehr zerstören, dann werden die Arbeitermassen schon erkennen, wo die Verräterbrut des Proletariats sitzt.

## Lokales.

Breslau, den 6. Februar 1921.

### Sozialdemokratische Wahlwache.

Am Donnerstag, den 3. Februar, sprach im großen Saale des Gewerkschaftshauses der sozialdemokratische Finanzminister Lidemann über die Schicksalsstunde Preußens. Damit meinte er den Tag der preussischen Landtagswahlen. Mit einer vittuosen Oberflächlichkeit tänzelte er schaupielerisch über die großen Probleme der Gegenwart hinweg. Jedem kritikbegabten Zuhörer fiel die jammervolle Hilflosigkeit dieses gutgepflegten Bourgeois auf, der als das Rezept zur Aenderung aller Not und Gefahren für das Proletariat nichts anderes als den sozialdemokratischen Stimmgelb zu empfehlen hatte. Um bei den nationalitätlich verhassten Schichten, die seiner Partei folgen, gut Wetter zur bevorstehenden Wahl zu machen, erklärte er pathetisch, daß die deutsche Regierung mit Unterstützung der Sozialdemokratie die Entschädigungsforderungen der Entente als „unannehmbar“ zurückweisen würde. Als einer unserer Genossen den Herrn Lidemann darauf hinwies, daß ähnlich verantwortungslos die Phrasen vor der Unterzeichnung jeder Ententeforderung in die Welt hinausposaunt wurden, und daß auch diesmal die Forderungen der Entente geschickt werden würden, gestand er ein, daß diese Forderungen „vielleicht“ angenommen würden, in keinem Fall aber durchführbar seien.

Die deutsche Regierung wird also die Entschädigungsforderungen der Entente annehmen. — Wenn auch erst nach dem 20. Februar, nach welchem Tage überhaupt manches passieren wird, was die auf Stimmenfang ausgehenden Parteien heute aus begrifflichen Gründen vor den Wählern nicht anzusprechen wagen.

Die Arbeiter werden es sich merken, wer die Wahrheit sagt, der Lidemann, der von der Möglichkeit einer sozialistischen Parlamentsmehrheit schwafelte, oder der Vertreter unserer Partei, der die Tatsache feststellte, daß der November rausch, unter dem im Januar 1919 zum Landtag gewählt wurde, längst verfliegen sei und bei den indifferenten Massen eine antizipierte oder gleichgültige Stimmung hinterlassen habe. Nicht Parlamentswahlen, nicht eine sozialistische Parlamentsmehrheit, sondern die Einigung des Proletariats zum Kampf gegen die schändliche Klasse kann das Proletariat von Hunger und Gegenrevolution befreien.

**Geßel Herr Lüdemann** aufhörte, seine unwahren Behauptungen zu machen, und über seine Handlungen als preussischer Finanzminister zu reden kam, bemühte sich selbst seiner eigenen Anhänger Wut und Unruhe. Von lebhafte, durchaus nicht beifälligen Zwischenrufen seiner sozialdemokratischen Parteigenossen begleitet, versuchte er mit gewundenen Worten den Bankrott seiner Steuerpolitik und den Verrat an den niederen Beamten zu verschleiern.

Von dem geistigen Niveau dieser Rede hatte man den Eindruck, daß der gutgeputzte Herr, der gutaussehende Mann, manikürte Hände und die Gesten eines Charlatans den Befähigungsnachweis für Minister ausmachen.

Die Diskussion wurde natürlich, wie wir es von den demokratietreuen Dingen gewohnt sind, auf zehn Minuten beschränkt. Trotzdem gelang es dem Vertreter unserer Partei, dem Genossen Klein, den dankenden Teil der Versammlung die Flachheiten des Herrn Lüdemann zu verlesen und ihnen Probleme, um die es in diesen Tagen wirklich geht, nahe zu bringen. Dem Versammlungsleiter Genossen Winger (S.P.D.) gebührt für sein Bemühen, die Versammlung ruhig und sachlich zu leiten, Anerkennung. Umso widerlicher wirkte die Hanswurftrede, die sich Herr Wache leistete, indem er seine eigene Schmutzigkeit den Kommunisten unterstellte. Die Kommunisten seien von Kapitalisten besessen, seien Spiegel und Novembersozialisten und er vermutete dasselbe auch vom Genossen Klein.

In einer persönlichen Bemerkung hängte Genosse Klein diese Fügner- und Verleumbertaktik höher und legitimiert sich vor den Arbeitern; doch erwarten wir von Kreaturen, wie dem Wache und seinen näheren Gesinnungsfreunden in der „Volkswacht“ nichts anderes, als daß sie weiterhin das schwankende Vertrauen der Masse zu ihnen durch das systematische Ausüben von Mißtrauen und Verleumdung gegen einwandfreie revolutionäre Kämpfer noch einmal zu festigen suchen. Doch wird ihnen das alles nichts helfen. Das Proletariat erwacht.

In böswilliger Verleumdung druckte die „Volkswacht“ in ihrem Versammlungsberichte, daß sich Genosse Klein durch sein Mitgliedsbuch legitimiert habe, und danach seit dem 1. Januar 1921 der S.R.P.D. angehöre. Jeder ehrlich Denkende weiß, daß die Mitgliedsbücher der alten U.S.P.D. und der S.P.D. (Spartakusbund) eingezogen und am 1. Januar die neuen der S.R.P.D. ausgegeben wurden, was übrigens der Genosse Klein in der Versammlung ausdrücklich festgestellt hat. Das hinderte die Verleumbert der „Volkswacht“ aber nicht, die falsche Darstellung des wahren Sachverhalts in ihrem Lügenblatt abzurufen.

**Genossen! Besucht die Disputts-Abende.**

**Tante „Volkswacht“ wird hysterisch.**

Je näher die Wahltag kommt, desto mehr beschäftigt sich die „Volkswacht“ mit den Kommunisten und desto unruhiger wird ihr dabei. Jetzt leist und phantasiert sie schon wie ein hysterisches Frauzimmer. Vor drei Tagen schüttete sie einen Kibel voll Verleumdungen gegen den Genossen Grunskwig aus, vor gestern brachte sie einen verlogenen Bericht über das Auftreten des Genossen Klein in der Lüdemann-Versammlung und gestern phantasiert sie von „Zerlegung“ in der Breslauer U.S.P.D. Es wäre Papier- und Zeitvergeudung auf das dumme Geschwätz näher einzugehen. Es genügt, festzustellen, daß es Phantasien der im Wahlkampf hysterisch werdenden „Volkswacht“-Redaktion sind, über die unsere „konterrevolutionären“ Genossen Lubinski, Kunik und Ziegler herzhaft lachen.

**Eine Eisenbahnerversammlung.** Am Donnerstagabend fand im Saale Zandauer eine von der S.R.P.D. einberufene öffentliche Eisenbahner-Versammlung statt. Genosse Becker referierte über den Verlauf der letzten Eisenbahnerbewegung. Nachdem er die Lage der Eisenbahner und das auf Entweder-oder gestellte gespannte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit geschildert hatte, kritisierte er die Haltung der Gewerkschaftsführer. Er bewies an ihren Handlungen und Äußerungen, daß die Gewerkschaftsführer ihre ganze Tätigkeit auf die Vermeidung des Streiks um jeden Preis eingestellt hätten, daß ihnen die Wahrung der kapitalistischen „Ordnung“ über alles ginge. Dann zeigte der Referent, wie unter den heutigen Verhältnissen die Taktik der Gewerkschaftsführer bei Lohn- und Gehaltsbewegungen sein müßte, wenn sie zum Erlaß der Arbeiter führen soll. Der Inhalt der Gewerkschaftlichen Taktik muß heute bis zum äußersten gesteigerte Aktivität sein. Große Massen müssen geschlossen auf den Plan treten, wenn die zentralisierte Front des Interimismus und der kapitalistischen Regierung wiedergeworfen werden soll. Die Kämpfe müssen mit allen Mitteln für die Klasseninteressen des Proletariats ohne Rücksicht auf die kapitalistische „Ordnung“ geführt werden.

In der Diskussion sprachen neben einigen anderen Kollegen auch die Kollegen Fuhrmeister und Grzymann. Beide stimmten im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu und traten für die Einheitsfront des Proletariats auf dem Boden des im Offenen Briefe der S.R.P.D. aufgestellten Aktionsprogramms ein. Kollege Fuhrmeister wies auf die gespannte politische Situation, die auf einen neuen Krieg dränge, hin.

Aufknüpfend daran ging der Genosse Becker in seinem Schlußwort auf die internationale Lage ein, in deren Mittelpunkt der Kampf der Weltrevolution stehe. Der nächste Krieg werde ein großer Krieg gegen den Imperialismus sein. Eine Niederlage Rußlands würde eine Niederlage des Proletariats der ganzen Welt sein, deren erste Folge der weiße Terror in allen kapitalistischen Ländern sein werde. Die primitivsten Notwendigkeiten der Selbstbehaltung fordern deshalb vom deutschen Proletariat eine aktive Solidarität mit den russischen Brüdern und die Erlämpfung des engsten Bündnisses mit dem Imperialismus. Dabei müssen die Eisenbahner in der ersten Reihe kämpfen.

**Sauerbeiter-Versammlung.** In der am 3. 2. 21. stattgefundenen Generalversammlung der Breslauer Bauarbeiter wurde vom Kollegen Gutschke ein Antrag eingebracht, der die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen Bachmann, Hedert und Brandler forderte. Nach den durchaus sachlichen Ausführungen

des Kollegen Gutschke, welcher die Notwendigkeit, dem Troben des Zentralvorstandes energisch entgegenzutreten, aufzeigte, antwortete die Verbandsleitung, nachdem sie sah, daß die Stimmung der Mitglieder auf der Seite des Kollegen Gutschke waren, damit, daß sie den vom Kollegen Gutschke eingebrachten Antrag, ohne darüber abstimmen zu lassen, in die Tasche steckte und das Weite suchte und verduffelte.

**Fromme Wünsche des Magistrats.** Der Magistrat melde: Bekanntlich hat sich das Reich den größten Teil der verfügbaren Kartoffeln in Schlesien durch Verträge gesichert. Für Frühjahrslieferungen dieser Ware ist den Landwirten eine Überwinterungsgebühr von 3 Mk. zugewilligt worden. Der Preis hierfür würde sich also auf 34,75 Mk. und zusätzlich der Frucht und aller sonstigen Speise auf 38,— bis 38,50 Mk. je Zentner frei Breslau stellen. Trotz dieses Aufschlages wäre es nicht gerechtfertigt, wenn im Kleinhandel der Preis von 45 Pfg. je Pfd., der schon jetzt vielfach gefordert wird, überschritten werden würde. Groß- und Kleinhändler könnten bei diesem Preise durchaus bestehen.

Ja, sie können es; wir werden es aber erleben, daß sie es nicht tun. Sie werden weiter die Not des Volkes ansahen und sich den Sädel füllen. Und daran ändern auch nichts die frommen Wünsche und Ermahnungen des Magistrats. Das Proletariat kann sich vor Ausbeutung und Hunger nur selbst schützen, es kann es, es muß nur handeln und endlich die elende kapitalistische Wirtschaft zum Zerfall jagen. Das ist der einzige und unbedingt notwendige Weg, der bald begangen werden muß.

**Magistrat, Steuerverwaltung.** Wir verweisen auf die im Interimsteil erfolgte Bekanntmachung, wonach die Kassensunden der elf städtischen Steuerzahlerstellen vom 7. Februar ab wegen Arbeitsüberlastung auf die Zeit von 8 bis 12 Uhr vorm. beschränkt werden.

**Literarisches.**

Zuerst erschienen „Die Schmiede“, Zeitschrift für Funktionäre. Herausgegeben von der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands. Heft 1. Preis 50 Pf. Inhalt: Geyer, Januar 1921. — Fuchs, Spaltung und Einigung in der Aktion. — Potenski, Die oberirdische Frage und das deutsche Proletariat. — Kavi Madet, Die Lage Rußlands. — Paul Bremer, Die Gründung der kommunistischen Partei Frankreichs. — Die Neuordnung der Welt. — E. Ludwig, Eine Bilanz des deutschen Kapitalismus.

„Der kommunistische Gewerkschaftler“, Wochenzeitung für die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Nr. 3. Preis 40 Pf. Inhalt: In das gesamte deutsche Proletariat. — Kommunistische Gewerkschaftspropaganda. — Die Jugend ein Teil des Proletariats. — Die freie Arbeiter-Union Selbstkirchen. — Birnestrut. — Zur Situation bei den Holzarbeitern. — Aus dem Metallarbeiterverband. — Rundschau. Beilage: Die rote Gewerkschaftsinternationale, Nr. 2.

Alle kommunistische Literatur besorgt die kommunistische Bucherei Breslau 5, Gräbischer Straße 15.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“, G. m. b. H., Annoncen-Expedition: Breslau 5, Museumplatz 7. Telefon: Ohle 1391. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert, für Inserate: Liebmannwagner & Meyer. Druck: Buchdruckerei Häffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Leser unserer Zeitung kauft nur bei Firmen die in unserem Blatte inserieren**

**Stadttheater.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der Waffenschmied.  
Abends 7 Uhr:  
Königsbinder.  
Montag 7 Uhr:  
Sereisvorstellung:  
Revolutionshohheit.  
**Theater.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Alt-Heidelberg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Gespensersonate.  
**Chalio-Theater.**  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Rosa.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Jägerklub.

**Trinkt**  
Kaffee  
Tee  
Kakao  
von  
**Otto Stiebler**  
Lebensmittelhans  
Breslau  
Zwingerplatz 5  
Filialen in allen Stadtteilen.

**Reklame**  
G. m. b. H.  
**Annoncen-Expedition**  
**Breslau**  
Museumplatz 7 \* Telefon Ohle 1391.

**Schauspielhaus.**  
Operntheater, H. R. 2545  
Tisch 7 1/2 Uhr:  
Die kleine Hagar.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Die Falschingsfee.  
**Lieblich-Theater**  
Tisch 7 1/2 Uhr:  
**Jilenebs Löwen**  
mit dem glänzenden  
Februars-Programm.

**Dauer-Wäsche**  
Richard Schinka,  
Breslau, Ostauer Str. 21.  
Gehrock - Anzug  
getragen, gut erhalten,  
kauft Habamek,  
Brandenburger Str. 9 m.

**Enorm billige**  
Herren-Gürtel  
weiche Herrenhosen  
Unterhosen  
Eoden  
kaufen Sie bei  
Emma Prager,  
Königsplatz 42.

**Einfache Möbel**  
nach künstlerischen Entwürfen zu zeitgemäß billigen Preisen gegen bar = oder errichtete Zahlungsweise =  
**Albrechtstrasse Nr. 39**  
Eingang Albrechtstr., 1. Stock

**Sie kaufen**  
Hauptstraße 2, Nr. 9. 50  
Gedächtnis-  
Kranke  
Herrmann, Hart- und Gedächtniskranke behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von unglücklichen Patienten.  
Herrmann Franz Joschke,  
Palast 22, H. Tel. Ohle 1324  
9-1, 2-2, Sonntag 9-12.

Jeden Sonntag **Familien-Abend** mit humoristischen und musikalischen Uhaltungen, wozu ergebenst einladet  
**Soika, Leuthenstr. 12/14**  
**Altwasser.**  
Bereinigte kommunistische Partei  
Am Sonntag, den 6. Februar, ab 6 Uhr, veranstaltet die S.R.P.D. einen **Unterhaltungs- u. Familien-Abend** im Saalhof „Zur Krone“. Mitglieder und deren Angehörige sind herzlich dazu eingeladen.  
Die Gruppenleiter

**Ich kaufe** alle **Militär-Bekleidungsstücke** und **Herrngarderobe** neu und gebraucht  
**Max Hadamek**  
Brandenburgerstr. 9, III.

**Gummivor** jeder Art  
**Spülspritze** Frigatoren  
Preis. n. Monats-  
weise (sämtliche)  
**Frauenartik**  
Kaufkraft gegen Geld  
von 1.— bis  
**Fr. C. Helb**  
Breslau L, Kohlstr.

**Sind Lungenleiden heilbar?**  
Diese äußerst wichtige Frage beschäftigt wohl alle, die an Asthma, Lungenentzündung, Tuberkulose, Schnupfen, Lungenentzündung, veralteten Husten, Verschleimung, lange bestehender Halsentzündung leiden und bisher keine Heilung fanden. Alle derartige Krankheiten sind heilbar!  
erhalten von uns ein Buch mit Abbildungen aus der Feder eines bekannten Arztes über das Thema: „Sind Lungenleiden heilbar?“ Um jedem Kranken Gelegenheit zu geben, sich über die Art ihres Leidens zu verschaffen, haben wir aus entschlossen, jedem dieses Buch vollständig unentgeltlich zu übersenden. Man schreibe nur eine Postkarte an:  
Palmann & Co., Berlin 234, Mühlentorstraße 25a.